

- Zusicherung, die DDR-Bürger auch nach einer möglichen Inhaftierung zu unterstützen, dann "erst recht um ihre Freiheit" zu kämpfen, der "... Weg in die Freiheit (führt) oft über das Zuchthaus ... Die Bundesregierung bemüht sich dann nach Verbüßung eines Teils der 'Strafe' um den Freikauf...".

Die weitergehenden Aktivitäten des [REDACTED] waren im wesentlichen gekennzeichnet durch

- umfangreiche direkte postalische und telefonische Kontakte zu DDR-Bürgern; (in jüngster Zeit wurden von [REDACTED] an DDR-Bürger gerichtete, von ihm als "Testbriefsendungen - ohne schriftliche Mitteilungen" bezeichnete Schreiben sicher gestellt, mit denen er offensichtlich die Sicherheitsorgane der DDR zu provozieren und die ihr unterstellte "Briefzensur" zu dokumentieren beabsichtigt.);
- Übersendung von Flugblättern, Hetzschriften, einer weitestgehend wörtlich von der "IGfM" übernommenen Instruktionsschrift mit "Hinweisen und Ratschlägen zur Unterstützung ausreisewilliger Personen aus dem unfreien Teil Deutschlands" u. a. Materialien mit der Aufforderung, diese zu vervielfältigen und an andere Übersiedlungersuchende weiterzuverbreiten;
- Abforderung einer Vollmacht, die ihn ermächtigt, bei Institutionen der BRD, einschließlich Publikationen in Medien, zur Durchsetzung der Übersiedlungsvorhaben tätig zu werden bzw. im Falle der Inhaftierung das "Erziehungs- und Aufenthaltsbestimmungsrecht" für ihre minderjährigen Kinder zeitweilig auszuüben;
- systematische Informationsabforderungen über alle auf die Genehmigung der Übersiedlung gerichtete Aktivitäten und die Reaktionen staatlicher Organe sowie zu Ereignissen in ihrem